

Fredericke Leuschner, Anne T. Herr, Kristina Balaneskovic & Clemens Lorei

Angriffsprävalenzen in Arbeitsbereichen mit normdurchsetzenden und helfenden Aufgaben

Gewalt gegen Mitarbeitende in helfenden und normdurchsetzenden Berufsgruppen wird politisch und medial regelmäßig verurteilt. Bislang gibt es keine abschließende Klärung, wie häufig diese Ereignisse stattfinden. Die bisherigen wissenschaftlichen Studien zu Angriffsprävalenzen beschränken sich überwiegend auf Retrospektivbefragungen mit größeren Prävalenzzeiträumen von 1 bis 2 Jahren oder sogar über die gesamte Dienstzeit. In der vorliegenden Studie wurden erstmalig in einem Zeitraum von vier Monaten durch wöchentliche Abfragen verschiedene Arten von Angriffen dokumentiert. Helfende und normdurchsetzende Funktionsträger*innen erleben regelmäßig Gewalt auf einem ähnlich hohen Niveau. Insbesondere Mitarbeitende von bisher weniger erforschten Berufsgruppen wie Kommunale Ordnungsdienste und Verkehrsunternehmen weisen hohe Prävalenzen auf.

Schlagwörter: Angriffe, Funktionsträger*innen, Gewalt, Polizei, Rettungsdienst

Prevalences of Attacks in Work Areas with Law-Enforcing and Helping Functions

Violence against employees in helping and law-enforcing professions is regularly condemned in politics and the media. So far, there has been no conclusive clarification as to how often these events take place. Previous scientific studies on the prevalence of attacks are mainly limited to retrospective surveys with longer prevalence periods of one to two years, or even the entire service period. In the present study, various types of attacks were documented for the first time over a period of four months through weekly queries. Helping and law-enforcing officials very regularly experience violence at a similarly high level. In particular, employees from occupational groups that have not yet been the subject of research, such as regulatory agencies and transport companies, show a high prevalence.

Keywords: attacks, emergency services, function holders, police, violence

1. Einleitung

Während der Ausübung einer Tätigkeit mit Bürger*innenkontakt können Konflikte bspw. durch abweichende Ziele, Erwartungen und Vorstellungen entstehen oder sogar Ausgangspunkt für die Begegnung sein. Problematisch wird dies, wenn diese Konflikte regelmäßig in verbalen oder auch körperlichen Angriffen enden. Mitarbeitende von Berufsgruppen mit helfender und normdurchsetzender gesellschaftlicher Funktion, wie Rettungskräfte, Feuerwehr, Ordnungsbehörden oder Polizei, die sich täglich für den Schutz und die Sicherheit von Menschen einsetzen, berichten immer wieder, Opfer von Gewalt zu sein.

Die Thematik Gewalt gegen Polizei und Rettungskräfte hat in den vergangenen Jahren in Medien und Politik vermehrt Aufmerksamkeit gefunden und es wird immer wieder eine Zunahme von Gewalt und aggressiven Verhaltensweisen gegenüber Bediensteten von Organisationen mit Sicherheitsaufgaben postuliert. Dies wird nicht zuletzt durch die Änderungen der Widerstandsdelikte im Strafgesetzbuch (§§ 113, 114, 115 StGB) in den Jahren 2011 und 2017 deutlich. Durch die Erhöhung der Strafrahmen und die Erweiterungen der Anwendungsbereiche scheinen diese zumindest eine symbolische Wirkung zu haben (DRB, 2017). Konkrete Angaben dazu, wie häufig Gewalt im Berufsalltag tatsächlich vorkommen, liegen bislang jedoch nur eingeschränkt vor. In der Polizeilichen Kriminalstatistik ist – zumindest in manchen Berufsgruppen – ein Anstieg von Delikten gegen Einsatzkräfte erkennbar. Diese Statistik hat jedoch den Nachteil, dass nur polizeilich bekannt gewordene Delikte gezählt werden und ein Anstieg dieser Zahlen auch auf eine Veränderung im Anzeigeverhalten zurückzuführen sein könnte (BMI, 2022, S. 40). Erkenntnisse aus wissenschaftlichen Studien umfassen vermehrt den Bereich der Polizei (Bannenberget al., 2020; Ellrich & Baier, 2014; HKE, 2020; Jager et al., 2013; Liebl, 2016). Zu helfenden Berufsgruppen, wie Rettungsdienst, Feuerwehr und medizinischem Personal in der Notaufnahme ist die Studienlage dürftiger (Feldes & Weigert, 2018; Rau & Leuschner, 2016). Und erst in der jüngeren Zeit werden auch andere normdurchsetzende Berufsgruppen, wie beispielsweise der Kommunale Ordnungsdienst oder Mitarbeitende in Verkehrsunternehmen mit einbezogen (Bannenberget al., 2020; Bühren et al., 2022). Aussagen zu den Häufigkeiten von Angriffen basieren dabei allerdings meistens auf regional beschränkten Studien und stützen sich auf querschnittliche und retrospektive Opferbefragungen in einzelnen Berufsgruppen. Entsprechend ergeben sich die Zahlen aus Schätzungen und Vermutungen über die Vergangenheit, welche durch zahlreiche Einflüsse verzerrt werden. So ist das gewählte zeitliche Intervall von Relevanz, da Ereignisse, die bereits mehrere Jahre zurückliegen, weniger gut erinnert werden können als Ereignisse, die erst vor Kurzem geschehen sind. Der subjektive Stellenwert und die erlebte Intensität des Ereignisses können das Erinnerungsvermögen ebenfalls beeinflussen. Dies kann zwar bei Fragen zu schwerwiegenden, körperlichen Angriffen hilfreich sein, weniger schwere Angriffe oder auch Beleidigungen werden dagegen weniger gut in Erinnerung behalten und können daher in ihrer Häufigkeit rückblickend nicht mehr umfassend wiedergegeben werden. Ein weiterer Nachteil dieser konkreten Retrospektivbefragungen sind Schwierigkeiten bei der Vergleichbarkeit verschiedener Studien und/oder Berufsgruppen, die bspw. durch unterschiedlich lange Befragungszeiträume entstehen. Aber auch abweichende Begriffsbestimmungen und Eingrenzungen des Gewaltbegriffs und damit unterschiedliche Operationalisierungen erschweren einen Vergleich. Während kriminologisch geprägte Studien in der Regel die Straftatbestände als Grundlage für die Definition des Gewaltbegriffs verwenden (Bannenberget al., 2020; Elsner & Laumer, 2015; Prasse & Pfeiffer, 2014), orientieren sich Studien aus dem Bereich der Psychologie bei der Erfassung von Angriffen vielmehr an dem Erleben von Gewalt, definieren diesen Begriff allgemeiner und beziehen Belastungen der Betroffenen mit ein (Ellrich & Baier, 2014). Vorliegende Studie umfasst einen weiter definierten Gewaltbegriff und erfragt neben verbalen Angriffen und physischer Gewaltanwendung auch andere aggressive Akte, die Einsatzkräfte behindern und somit Belastungen darstellen, wie Gewalt gegen Gegenstände oder Fahrzeuge, Diebstahl von Material oder Ausrüstung oder das bewusste Behindern von Maßnahmen.

Basierend auf dieser Ausgangslage zielt die dargestellte Studie¹ darauf ab, berufsgruppenübergreifend Informationen zu den Angriffsprävalenzen zu ermitteln. Dabei wurde eine innovative Vorgehensweise gewählt, bei der durch wöchentliche Befragungen in der Art eines Tagebuchs bzw. Protokolls (Landmann & Schmidt, 2010) verlässliche Angaben zum Vorkommen von unterschiedlichen Arten von Gewalt erhoben werden. Ein regelmäßiges und zeitnahes Protokollieren des Erlebens, aber auch des Ausbleibens von Angriffen, kann mögliche Verzerrungen reduzieren. Die Einbeziehung verschiedener Berufsgruppen mit normdurchsetzender und helfender Funktion ermöglicht es, Gemeinsamkeiten und Unterschiede zu bestimmen und dadurch Erklärungsansätze aufzudecken.

2. Forschungsstand

Der vorliegende Artikel setzt sich mit Gewalt gegen Funktionsträger*innen in der Gesellschaft auseinander. Dies umfasst Personen, die in helfender oder normdurchsetzender Funktion Aufgaben wahrnehmen, die für das Funktionieren unserer Gesellschaft relevant sind. Bei den Aufgaben der Polizei als Exekutivorgan handelt es sich unter anderem um solche, die die öffentliche Sicherheit und Ordnung beibehalten bzw. wieder herstellen sollen. Zur Durchsetzung von Recht und Ordnung dürfen Polizeivollzugskräfte dafür Personen in ihrem Verhalten und in ihrer Freiheit be- oder einschränken. Solche Berufsgruppen, deren Aufgaben überwiegend die Durchsetzung von Normen und Gesetzen und die Aufrechterhaltung von Ordnung umfassen, werden vorliegend als normdurchsetzende Funktionsträger*innen bezeichnet. Hierzu zählen des Weiteren Beschäftigte der Kommunalen Ordnungsdienste sowie von Verkehrs- und Sicherheitsunternehmen.

Als helfende Funktionsträger*innen werden vorliegend solche verstanden, die sich durch ihren Beruf in erster Linie auf die Versorgung und Hilfeleistung von Bürger*innen in Notsituationen beziehen. Dazu zählt beispielsweise Rettungsdienstpersonal, deren Aufgabenbereich sich auf die medizinische Notfallversorgung bezieht. Vergleichbare Berufsgruppen mit helfender Funktion sind neben Rettungsdienstpersonal, Klinikpersonal in Notaufnahmen sowie Einsatzkräfte des Technischen Hilfswerkes und der Feuerwehr.

2.1 Gewalt gegen Beschäftigte normdurchsetzender Organisationen

Verschiedene Studien versuchten bereits die Häufigkeit von Gewalt gegen Mitarbeitende normdurchsetzender Organisationen zu ermitteln. Gewalt umfasst dabei in der Regel Beleidigungen und Bedrohungen aber auch körperliche Angriffe. Es gibt einige aufwendige Studien zu Gewalt gegen Polizeibedienstete, die empirische Datenlage zu weiteren normdurchsetzenden Organisationen wie den Kommunalen Ordnungsdiensten bleibt jedoch begrenzt. Gemein haben alle, dass sie sich auf Retrospektivbefragungen beschränken.

¹ Das Verbundprojekt AMBOSafe „Angriffe auf Mitarbeiter*innen und Bedienstete von Organisationen mit Sicherheitsaufgaben“ wurde durch das Bayerische Rote Kreuz (Koordinator), die Kriminologische Zentralstelle und die Hessischen Hochschule für öffentliches Management und Sicherheit durchgeführt. Gefördert wurde das Forschungsprojekt im Rahmen der Förderlinie „Anwender-Innovativ: Forschung für die zivile Sicherheit II“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung.

2.1.1 Gewalt gegen Polizeibeamt*innen

Die bundesweite Datenlage zu Gewalt gegen Polizeibeamt*innen ist die umfangreichste der hier dargestellten Berufsgruppen. Für die Retrospektivbefragungen wurden dabei verschiedene Prävalenzzeiträume von bspw. einem Jahr oder auch des gesamten Berufslebens der Einsatzkräfte gewählt. Zusammenfassend ergibt sich, dass bezogen auf das gesamte Berufsleben insbesondere Beleidigungen für Polizeibeamt*innen äußerst wahrscheinlich sind. Die ermittelten Angaben liegen im Bereich zwischen 86 % und 97 % aller Befragten (Bannenberget al., 2020; HKE, 2020; Liebl, 2016). Aber auch bei Beschränkung auf den Zeitraum von 12 Monaten zeigt sich, dass mit 70 % bis 80 % aller Befragten die meisten Beleidigungen erleben müssen (Bannenberget al., 2020; Ellrich et al., 2012; Jager et al., 2013). Dabei wurde allerdings ebenfalls festgestellt, dass solche nur selten als Belastung empfunden werden (HKE, 2020). Körperliche Angriffe sind bei Betrachtung des gesamten Berufslebens für Polizeibeamt*innen ebenfalls keine Ausnahme. Die Studien ergaben, dass mehr als zwei Drittel der Befragten mindestens einmal von Gewalt betroffen sind (Bannenberget al., 2020; HKE, 2020; Liebl, 2016). Bezogen auf einen Zeitraum von 12 Monaten sinkt der Anteil der Befragten, welcher Gewalt innerhalb der Amtsausführung erlebt hat, auf 30 % bis 50 % (Bannenberget al., 2020; Ellrich et al., 2012; Jager et al., 2013). Bei körperlichen Angriffen handelt es sich hauptsächlich um Schubsen, Schlagen oder an der Kleidung reißen (Bannenberget al., 2020). Körperlich schwerwiegende Angriffe mit Waffen oder Gegenständen kamen deutlich seltener vor (Bannenberget al., 2020; Ellrich et al., 2012; Ellrich & Baier, 2014; Jager et al., 2013). Liebl (2016) erkennt dabei deutliche Geschlechtsunterschiede hinsichtlich der Wahrscheinlichkeit Opfer eines Angriffs zu werden ($w = 66\%$; $m = 82\%$). Bei Betrachtung der gesamten beruflichen Laufbahn wird deutlich, dass sich Gewalterlebnisse bei Polizeibeamt*innen nicht nur auf eine berufliche Phase beschränken (Bannenberget al., 2020; HKE, 2020).

2.1.2 Gewalt gegen Beschäftigte der Kommunalen Ordnungsdienste

Die empirische Studienlage zu Mitarbeitenden der Kommunalen Ordnungsdienste ist äußerst gering. Im Jahr 2016 wurde eine anonymisierte Umfrage unter Mitarbeitenden Kommunalen Ordnungsdienste in Berlin durchgeführt, welche Rückschlüsse auf das Gewalterleben im Außendienst zulässt (Mikkeleitist, 2016). 65 % der gemeldeten Ereignisse waren verbale Angriffe, bei 5 % handelte es sich ausschließlich um körperliche Gewalt und zu 30 % wurden sowohl verbale als auch körperliche Angriffe angegeben. Tatsächliche Angaben zur Prävalenz von Mitarbeitenden der Kommunalen Ordnungsbehörden ergeben sich allerdings nicht, da es uneindeutig bleibt, in welchem Zeitrahmen die Ereignismeldungen erfolgten.

Eine aktuelle deutschlandweite Studie untersuchte Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst, wozu unter anderem auch Beschäftigte Kommunalen Ordnungsdienste zu ihren Erfahrungen befragt wurden (Bühren et al., 2022). Die Befragung zu gewalttätigen Angriffen richtete sich einerseits an die Behördenleitung und andererseits an die Beschäftigten. Zusätzlich wurde auch die von Zeug*innen beobachtete Gewalt inkludiert. Innerhalb der Behördenbefragung meldeten die Ordnungsämter 314 Fälle pro 1 000 Beschäftigte in einem Zeitraum von einem Jahr. Die Studie ergab zudem, dass etwa ein Drittel der befragten Beschäftigten innerhalb eines Jahres Gewalt erlebt haben.

2.1.3 Gewalt gegen Beschäftigte von Verkehrsunternehmen

Auch zu Gewalt gegen Beschäftigte von Verkehrsunternehmen gibt es bislang nur wenige Studien, die eine Einschätzung aus wissenschaftlicher Sicht zulassen. Eine wiederholte Umfrage der Gewerkschaft Deutscher Lokführer (GDL) ergab, dass der überwiegende Teil der Befragten (82 % und 89 %) in ihrem bisherigen Berufsleben bereits verbale Beleidigungen erlebte. Mehr als die Hälfte der Teilnehmenden (54 % und 63 %), nannte Bedrohungen und über ein Viertel der Befragten berichtete, bereits angespuckt (26 % und 30 %) und körperlich angegriffen worden zu sein (24 % und 29 %). Sexuelle Belästigungen waren die am seltensten genannte Angriffsart (4 % und 7 %) (GDL, 2016; GDL, 2020). Dabei ist anzumerken, dass in der ersten Studie ein größerer Anteil der Teilnehmenden Lokführer*innen waren, die verglichen mit Zugbegleiter*innen mutmaßlich weniger Kund*innenkontakt ausgesetzt sind und daher weniger konfliktbehaftete Situationen erleben.

2.2 Gewalt gegen Beschäftigte helfender Organisationen

Auch Beschäftigte helfender Berufsgruppen erleben die unterschiedlichen Formen von Gewalt, obwohl sie einen rein helfenden Auftrag haben und keine Regeln oder Gesetze durchsetzen müssen, was auf den ersten Blick mehr Konflikte mit sich bringt. Bisherige Studien beziehen sich überwiegend auf Rettungsdienstpersonal und Mitarbeitende in Notaufnahmen.

2.2.1 Gewalt gegen Rettungsdienstpersonal

Mittlerweile gibt es einige empirische Daten zu Angriffsprävalenzen von Rettungsdienstpersonal, auch wenn diese teilweise nur auf kleinen Teilnehmendenzahlen basieren. Bezogen auf einen zwölf-Monatszeitraum berichten zwischen 60 % und 98 %, dass sie verbale Gewalt erleben mussten. Der Anteil, der in den Befragungen körperliche Angriffe berichtete, lag zwischen 13 % und 60 % (Dressler, 2017; Feltes & Weigert; 2018; Schmidt, 2012). Diese erheblichen Unterschiede zeigen deutlich die Einflüsse, die verschiedene Fragearten und Operationalisierungen haben können.

Eine Ausnahme zu den üblichen Retrospektivbefragungen war eine Studie im Jahr 2019, in der das Personal von zehn Rettungsdienstwachen über vier Wochen einsatzbegleitend Fragebögen ausfüllte. Es kam bei 1,2 % der Einsätze zu Gewaltanwendungen, wobei verbale Gewalt mit 40 % überwog (Leuchter et al., 2020).

2.2.2 Gewalt gegen Klinikpersonal in Notaufnahmen

Ähnlich wie beim Rettungsdienst gibt es zu Gewalterfahrungen von Pflegepersonal in Notaufnahmen einige Studien mit eher geringen Teilnehmendenzahlen. Trotz der Schwierigkeiten bei der Vergleichbarkeit ergibt sich übergreifend eine hohe Gewaltbelastung.

In einem Prävalenzzeitraum von sechs Monaten ergaben zwei Befragungen an der Charité, dass über 90 % des Personals in der Notaufnahme verbale Gewalt erlebt haben. Zum Zeitpunkt der ersten Befragung berichteten ein Drittel der Befragten außerdem körperlicher Gewalt ausgesetzt gewesen zu sein (Lindner et al., 2015). Eine erhebliche Reduzierung der körperlichen

Angriffe zum zweiten Befragungszeitpunkt auf 13,8 % könnte nach den Autor*innen der Studie – neben eventuellen Designunterschieden bei der Datenerfassung – auf ein innerhalb des Experiments durchgeführtes Deeskalationstraining zurückzuführen sein (Frick et al., 2018).

Bei einem Prävalenzzeitraum von zwölf Monaten, gaben nahezu alle Befragten (97 %) die Rückmeldung, verbale Gewalt erlebt zu haben, während rund drei Viertel der Mitarbeitenden (73 % - 76 %) von körperlichen Angriffen berichteten (Güzel-Freudenstein & Christiansen, 2019; Schuffenhauer & Güzel-Freudenstein, 2019). In einer der Studien wurde zudem auch ermittelt, dass jede zweite befragte Person mindestens einer Form von sexualisierter Gewalt ausgesetzt war (Güzel-Freudenstein & Christiansen, 2019).

Wenig überraschend zeigt sich dann auch bei der Erfassung von Angriffen über die gesamte Dienstzeit, dass beinahe alle Teilnehmer*innen bereits verbale Gewalt erlebt haben (Männer 100 %, Frauen 96 %). Gleiches gilt für körperliche Gewalterfahrungen (Männer 94 %, Frauen 89 %). Sexualisierte Gewalt berichtete weibliches Klinikpersonal wesentlich häufiger (2/3 Frauen zu 1/3 Männer) (Güzel-Freudenstein & Christiansen, 2019).

Andere Ansätze zur Ermittlung von Häufigkeiten wurden einerseits in einer Untersuchung verfolgt, die ausschließlich die Meldungen an pflegerische und ärztliche Führungskräfte in den letzten drei Monaten erfragte. Hierbei gaben 91,5 % an, Kenntnis von mindestens einem körperlichen Angriff gegenüber Mitarbeitenden gehabt zu haben. 17 % der Führungskräfte wurde mindestens ein Vorfall mit Waffen gemeldet (Frick et al., 2016). Andererseits zählte eine Erhebung an der Universitätsklinik in Frankfurt, in der Mitarbeitende der Notaufnahme dazu aufgefordert waren, Fälle von körperlicher Gewalt schriftlich zu dokumentieren, innerhalb eines Jahres 544 Vorfälle (Verboket et al., 2019).

3. Methodik

3.1 Akquise von Teilnehmenden

Die hiesige Befragung richtete sich an Bedienstete von Organisationen und Unternehmen mit gesellschaftlichen Sicherheitsaufgaben im weiteren Sinne. Hierunter fallen Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS: Landespolizei, Bundespolizei, Feuerwehr, Rettungsdienst, Zoll und Technisches Hilfswerk), aber auch Klinikpersonal in Notaufnahmen und weitere normdurchsetzende Berufsgruppen wie private Sicherheitsdienste, Mitarbeitende von Verkehrsunternehmen und Beschäftigte der Kommunalen Ordnungsdienste.

Es wurde eine bundesweite, möglichst umfangreiche Befragung für alle der genannten Berufsgruppen angestrebt. Die Akquise von Teilnehmenden der Polizeibehörden erfolgte über die Bitte um Unterstützung in den Innenministerien, wodurch in einigen Ländern intern eine Unterstützungsmittelteilung an die Beamt*innen erfolgte. Aufgrund einer längeren internen Vorbereitungszeit wurden die Beschäftigten einiger Länderpolizeien erst zu Beginn der Woche vier zur Teilnahme aufgerufen. Der Aufruf zur Teilnahme an die Beschäftigten des Rettungsdienstes erfolgte hauptsächlich über interne Verbreitungswege des Bayerischen Roten Kreuzes, da die Kontaktaufnahme zu anderen Hilfsorganisationen wenig erfolgreich war und eine strukturierte Weiterleitung offenbar nicht erfolgte. Die Kontaktaufnahme zum Technischen Hilfswerk verlief über den Bundesverband, die interne Verbreitung blieb dabei unklar. Für die anderen Berufsgruppen wurden Gewerkschaften, Verbände und Berufsvertretungen um die Bekanntmachung des Projektes gebeten, die die Informationen auch in Mitgliederzeitschriften, bzw.

Rundschreiben verbreiteten. Wo dies nicht möglich war oder nicht aussichtsreich erschien, wurden ergänzend einzelne Organisationseinheiten direkt kontaktiert. Die Auswahl der Organisationseinheiten erfolgte dabei unstrukturiert. Eine Unterstützung des Forschungsprojektes der Generalzolldirektion erfolgte auf Grund der pandemiebedingten Belastung und rechtlichen Gesichtspunkten nicht.

Ergänzend zu den genannten Vorgehensweisen erfolgte ein Aufruf zur Teilnahme an die Beschäftigten aller Tätigkeitsfelder über die Internetpräsenz des Forschungsprojektes. Ebenfalls wurden in den sozialen Medien verschiedene Accounts von Kampagnen, Initiativen oder bedeutsamen Vertreter*innen aus den jeweiligen Tätigkeitsfeldern angeschrieben mit der Bitte, auf eine Teilnahme an der Studie hinzuweisen.

3.2 Erhebungsinstrument und Durchführung der Befragung

Table 1. Definition der jeweiligen Art des Angriffs

Verbaler Angriff	Körperlicher Angriff	Gewalt gegen Sachgegenstände	Diebstahl von Material oder Ausrüstung	Bewusstes Behindern/ Stören der Maßnahmen
Androhung von körperlicher Gewalt durch Gestik & Körperhaltung	Anspucken Verteilung weiterer Körperflüssigkeiten	Beschädigung der (Einsatz-) Fahrzeuge	Diebstahl von Material oder Ausrüstung	Durch „Gaffen“/ Ansammlung von Personen
Verbale Bedrohung	Haare ziehen	Beschädigung von Einrichtungsgegenständen	Diebstahl von (technischen) Geräten	In den Weg stellen/den Weg versperren
Bedrohung mit Gegenständen	Sexualisierter körperlicher Angriff (bspw. an die Brust oder in den Schritt fassen)	Beschädigung der Ausrüstung oder Bekleidung	Diebstahl von Medikamenten/ Betäubungsmitteln	Filmen/Fotos machen
Bedrohung mit Waffen				Blockieren der Fahrzeuge/ Türen/Stationen
Androhung sexualisierter Gewalt	Schlagen/Treten			
Rassistische Beleidigungen/ Beschimpfung	Schubsen/Stoßen			
Sexualisierte Beleidigungen/ Beschimpfung	Festhalten/Anpacken			
Andere Beleidigung/ Beschimpfung	Würgen			
	Angriff mit Gegenstand (z. B. mit etwas beworfen worden)			
Nötigung/ Erzwingen eines bestimmten Verhaltens	Angriff mit Waffe			

Die Befragung bestand insgesamt aus drei Abschnitten. Der erste Abschnitt beinhaltete die einmalige Eingabe von Stammdaten, die das berufliche Tätigkeitsfeld, Alter und Berufserfahrung, das Einsatz- und Dienstgebiet (nach Einwohnerzahl) und eine zusätzliche ehrenamtliche Tätigkeit in einem der betreffenden Berufsfelder umfassten. Um das Tätigkeitsfeld berufsspezifisch genauer eingrenzen zu können, wurden die Polizeibeamt*innen nach ihrer Dienst Einheit innerhalb der Polizei gefragt und das Klinik- und Rettungsdienstpersonal bezüglich ihrer ärztlichen oder nicht-ärztlichen Tätigkeit. Ebenfalls wurde die berufliche Position erfragt.

Der zweite Abschnitt bestand aus der mehrwöchigen Befragung, in der wöchentlich um eine Rückmeldung zur Häufigkeit einer bestimmten Auswahl von Angriffen in der vergangenen Woche gebeten wurde. Folgende Arten von Angriffen wurden als Antwortkategorie zur Auswahl gegeben: Verbaler Angriff, Physischer Angriff, Gewalt gegen Sachgegenstände oder Fahrzeuge, Diebstahl von Material oder Ausrüstung und bewusstes Behindern von Maßnahmen. Für jede Option wurde eine Reihe an Handlungen definiert (siehe Tabelle 1).

Zusätzlich wurde die Anzahl der Dienste in der vergangenen Woche und, je nach Berufsfeld, die geschätzte Häufigkeit von Einsätzen mit Kontakt zu Bürger*innen mit einbezogen. Diese wöchentlichen Angaben konnten mittels eines Versuchspersonencodes mit den Stammdatenatz verknüpft werden. Sie umfassten den Zeitraum vom 02. Mai bis 21. August 2021, dabei wurde immer am Ende einer Woche nach den Vorkommnissen gefragt. Ein späterer Beginn der mehrwöchigen Befragung wurde ermöglicht.

Im dritten Abschnitt wurden im Falle eines Angriffs detailliertere Informationen zu den Vorfällen abgefragt. Das heißt, Personen, die einen Vorfall bejaht hatten, wurden um Angaben zu Merkmalen und Rahmenbedingungen der Situation, zu den Betroffenen und Angreifenden sowie den Folgen gebeten.

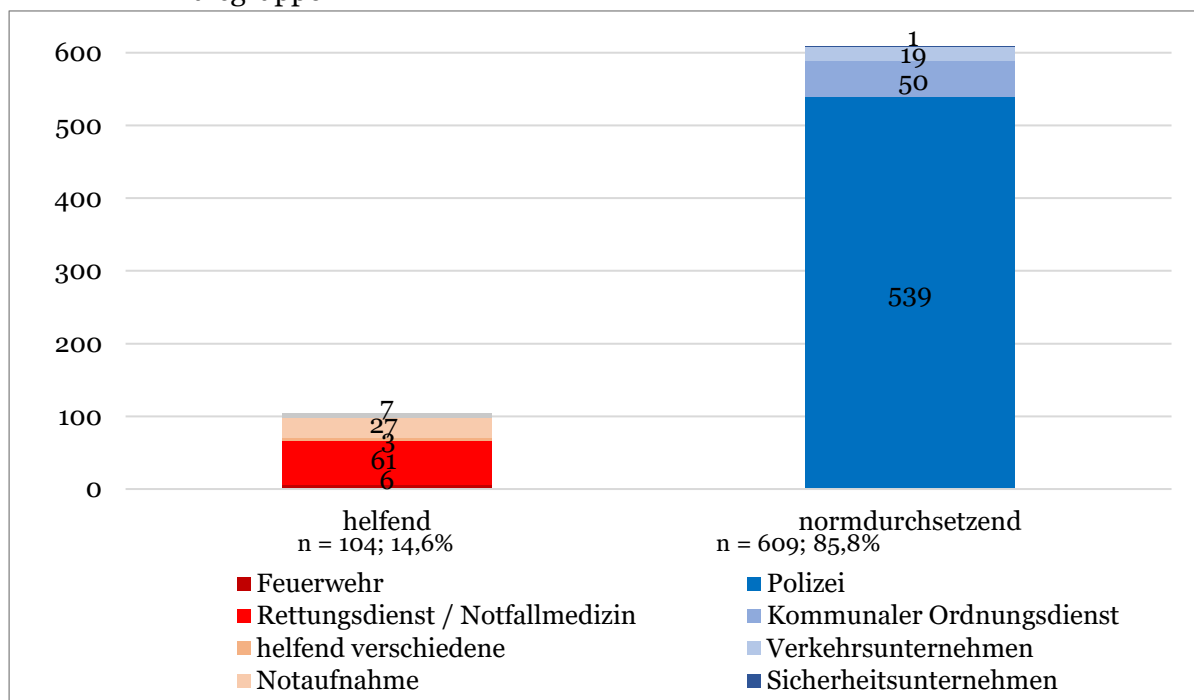
4. Ergebnisse

4.1 Stichprobenbeschreibung

Die Stichprobenbeschreibung der verschiedenen Berufsgruppen basiert auf den Angaben der Stammdaten bei der Anmeldung zur Teilnahme. Nur Individuen, die an mindestens einer der wöchentlichen Kurzbefragungen teilgenommen haben, wurden miteinbezogen. Aus dem Bereich Bundespolizei hat nur eine Person teilgenommen, so dass Landespolizei und Bundespolizei zusammengefasst wurden. Einige Personen sind sowohl im Bereich Rettungsdienst/ Notfallmedizin als auch Feuerwehr oder Rettungsdienst/ Notfallmedizin und Notaufnahme tätig. Hier wurde eine Person, die in den Wochen, in denen sie an der Befragung teilnahm, ausschließlich im Rettungsdienst tätig war, dieser Kategorie zugeführt. Vier andere konnten aus dem Grund in die Längsschnittauswertung nicht einbezogen werden. Die Berufsgruppen zeigen ein deutliches Ungleichgewicht der Stichprobengröße. Polizeibedienstete waren mit 75,9 % am stärksten vertreten. Der Anteil von Mitarbeitenden des Rettungsdienstes betrug 8,6%, ähnlich hoch wie der der Kommunalen Ordnungsdienste mit 7 %. Die Beteiligung von Personal aus Notaufnahmen (3,8 %), Verkehrsunternehmen (2,7 %), Technisches Hilfswerk (1 %) und Feuerwehr (0,8 %) fiel im Vergleich geringer aus und machte nur einen niedrigen einstelligen Prozentanteil der Stichprobe aus. Aus einem Sicherheitsunternehmen nahm nur

eine Person teil. Auf eine weitere Darstellung von Details der Stichprobe zu diesen drei letztgenannten Berufsgruppen wird verzichtet, auch in den folgenden Berechnungen werden sie nicht aufgeschlüsselt präsentiert.

Abbildung 1. Anzahl der Teilnehmenden (mindestens Rückmeldung in einer Woche) nach Berufsgruppe



Stattdessen wird ergänzend auf eine Darstellung von helfenden und normdurchsetzenden Funktionsträger*innen zurückgegriffen. Auch diese Aufteilung zeigt eine sehr ungleiche Verteilung in der nur 14,6 % der Stichprobe der helfenden und 85,8 % und der normdurchsetzenden Berufsgruppen angehören.

Die Möglichkeit der individuellen Verlaufsbeurteilung erfolgte durch die Zusammenführung der Stammdaten und anschließenden wöchentlichen Datensätze mit Hilfe des Versuchspersonencodes. Für die mehrwöchige Befragungsdauer ist eine abnehmende Tendenz der Teilnahme zu erkennen. Insgesamt konnten bei 714 Personen neben den Stammdaten auch mindestens eine der wöchentlichen Rückmeldungen zu erlebten Angriffen zugeordnet werden. Über den gesamten Befragungszeitraum von 16 Wochen hinweg haben 36 Personen jede Woche eine Angabe gemacht. Für zwölf Wochen konnten 194, für acht Wochen 407 und für vier Wochen 551 Individuen verzeichnet werden. Bei zehn Personen war zwar eine mehrwöchige Teilnahme zu verzeichnen, es fehlten jedoch die Stammdaten zur Person, wie Tätigkeit, Berufserfahrung und Position, die bei der erstmaligen Anmeldung angegeben wurden. Da das Tätigkeitsfeld auch in den Kurzfragebögen abgefragt wurde, wurden diese Datensätze dennoch in der Berechnung der Prävalenzen mit eingeschlossen.

Betrachtet man Details wie Geschlecht, Alter, Dienstzeit, Einsatzgebiet und Position der Stichprobe aufgeteilt nach Berufsgruppen, werden Unterschiede zwischen verschiedenen Berufsgruppen ersichtlich (vgl. Tabelle 2, im Anhang). Zunächst zeigt sich, dass Mitarbeitende helfender Berufsgruppen, verglichen zu normdurchsetzenden, eher weiblich und auch eher der jüngsten Alterskategorie zuzuordnen sind, was auch auf die Ausbildungsdauer zurückzuführen

sein dürfte. Bei der normdurchsetzenden Personengruppe sind etwa die Hälfte zwischen zwei und zehn Jahren im Dienst, während bei der helfenden Berufsgruppe vergleichsweise mehr eine noch längere Dienstzeit aufweisen. Insbesondere die Einsatzgebiete unterschieden sich zwischen normdurchsetzenden und helfenden Funktionsträger*innen. Während letztgenannte eher auf alle Bereiche verteilt tätig sind, sind die meisten normdurchsetzenden Personen (78,6 %) im mittel- bis großstädtischen Bereich tätig. Auch bei der Verteilung von leitenden und anderen Mitarbeitenden unterschieden sich die beiden Gruppen dahingehend, dass in der helfenden Gruppe mehr Personen eine leitende Funktion hatten (vgl. Tabelle 2, im Anhang).

Beim Blick auf die einzelnen Berufsgruppen zeichnet sich der Kommunale Ordnungsdienst insbesondere durch männliche Mitarbeiter aus. In den Verkehrsunternehmen sind die Geschlechter hingegen gleichverteilt und die Mitarbeitenden sind vergleichsweise älter mit sehr langer Dienstzeit. Hinsichtlich eines besonders jungen Alters fällt hingegen der Rettungsdienst auf (vgl. Tabelle 2, im Anhang). Ein Vergleich mit der tatsächlichen bundesweiten Verteilung dieser Variablen in den Berufsgruppen, um die Repräsentativität der Stichprobe zu überprüfen, kann allerdings aufgrund fehlender Daten nicht durchgeführt werden. Eine Betrachtung der Zusammensetzung scheint aber im Hinblick auf Angriffsprävalenzen dennoch sinnvoll.

Bei den Teilnehmenden der Polizei handelte es sich überwiegend (77,3 %) um Beamt*innen im Einsatz- und Streifendienst und nur zu geringen Teilen um solche im Kriminal- und Ermittlungsdienst (7,4 %) und der Bereitschaftspolizei (11 %). Die Teilnehmenden des Rettungsdienstes setzten sich zum Großteil (88,3 %) aus nicht-ärztlichem Rettungsfachpersonal (Notfallsanitäter*in, Rettungsassistent*in, Rettungssanitäter*in oder Rettungshelfer*in) zusammen. Notärztliches Personal beteiligte sich nur in geringem Maße (3,3 %). Im Tätigkeitsfeld Notaufnahme war es zu 77,8 % Pflegepersonal und nur zu 14,8 % ärztliches Personal.

Durchschnittlich hatten die Teilnehmenden 3,6 Dienste pro Woche. Dabei war die Anzahl der Dienste bei der Feuerwehr mit durchschnittlich zwei am geringsten und beim Kommunalen Ordnungsdienst mit 3,9 am höchsten. Bei den helfenden Funktionsträger*innen war die mittlere Anzahl der Dienste 2,8 bei den normdurchsetzenden 3,7. Hinsichtlich der Anzahl der Einsätze zeigt sich ebenfalls ein Unterschied zwischen Personen mit normdurchsetzender und helfender Tätigkeit: Personen in helfender Tätigkeit haben um 6,2 Prozentpunkte häufiger keinen Einsatz in der Woche und um 4,5 Prozentpunkte öfter zwischen einem und fünf Einsätzen pro Woche. Dagegen haben 27,3 % der normdurchsetzenden Funktionsträger*innen mehr als 20 Einsätze in der Woche, während das nur auf 15,7 % der normdurchsetzenden Funktionsträger*innen zutrifft.

Wie in Tabelle 3 (im Anhang) zu erkennen ist, waren die Teilnahmezahlen an den wöchentlichen Befragungen schwankend. Dabei ist über alle Berufsgruppen hinweg im Verlauf ein abnehmender Trend zu erkennen. Der deutliche Anstieg ab der vierten Woche bei der Landespolizei ist dadurch zu erklären, dass es zu Verzögerungen der internen Weiterleitung kam und somit ein Beginn erst für die vierte Woche angestrebt werden konnte. Ab diesem Zeitpunkt bleibt die Verteilung zwischen den Berufsgruppen relativ stabil, in der die Polizei etwa drei Viertel, der Rettungsdienst etwas über 7 % und der Kommunale Ordnungsdienst mit etwas über 6 % der Teilnehmenden ausmacht. Die Gruppe aller helfenden Funktionsträger*innen ist ab Woche vier circa 15 % der Gesamtstichprobe, vorher ein gutes Drittel. Insgesamt lagen 5 786 wöchentliche Rückmeldungen vor.

4.2 Prävalenzen

Eine Möglichkeit die Häufigkeit von Gewalt der Berufsgruppen während ihres Arbeitsalltags mit vorliegenden Daten zu untersuchen, ist die Betrachtung der einzelnen Wochen. Es handelt sich daher um eine Retrospektivbefragung, die einen Prävalenzzeitraum von einer Woche umfasst.

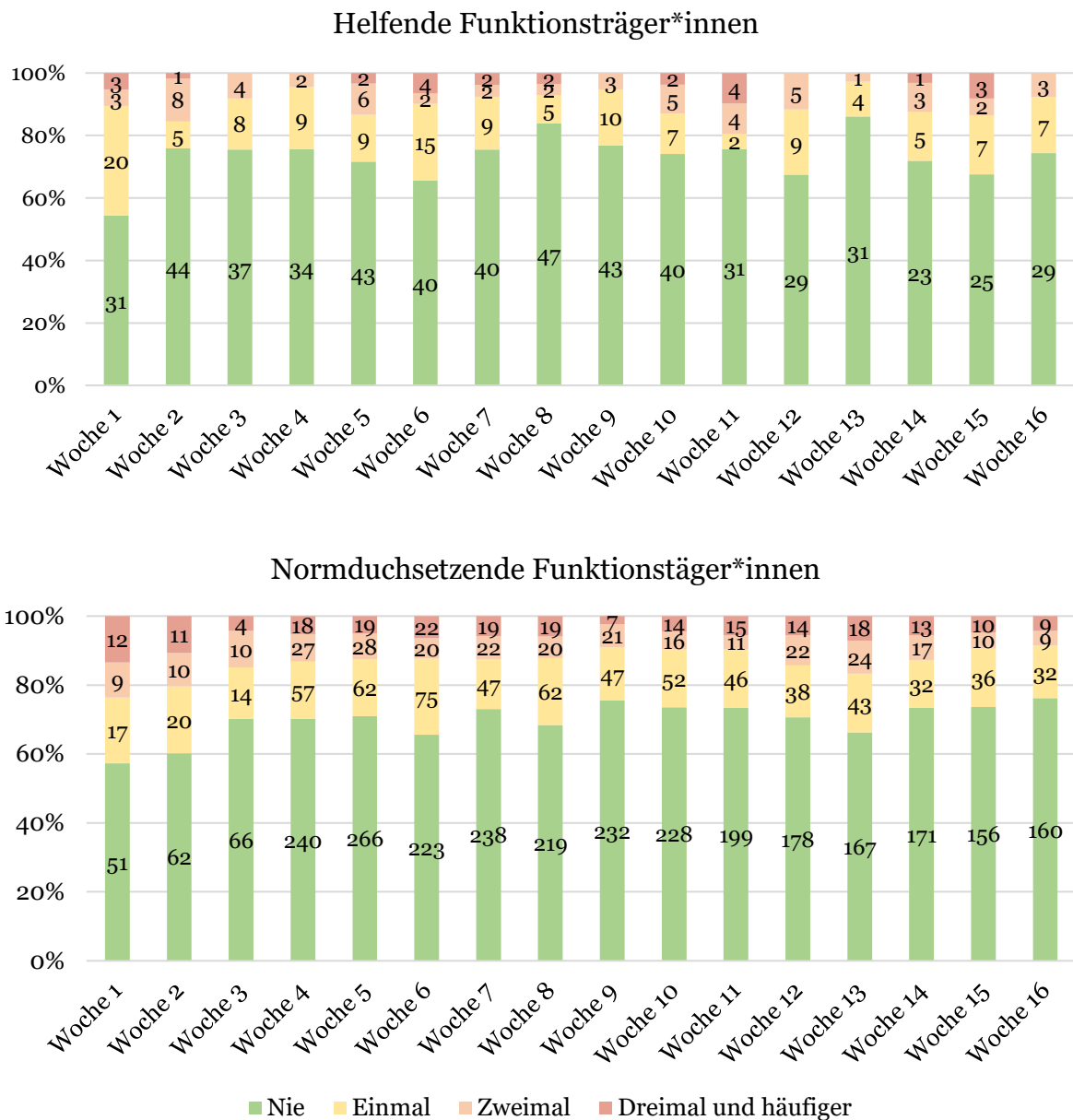
Betrachtet man hier die einzelnen Berufsgruppen, zeigen sich einige Unterschiede (vgl. Tabelle 4, im Anhang). Der höchste Anteil derer, die einen verbalen Angriff rückmeldeten liegt bei den Verkehrsunternehmen, bei denen etwa zwei Drittel eine Beleidigung oder Bedrohung in der Woche erleben mussten. Auch haben sie mit 14,3 % den höchsten Wert bei Gewalt gegen Sachgegenstände oder Fahrzeuge. Ebenfalls hohe Prävalenzen von verbalen Angriffen weist der Kommunale Ordnungsdienst mit über der Hälfte aller wöchentlichen Rückmeldungen auf. Ein großer Anteil der Beschäftigten der Verkehrsunternehmen und der Kommunalen Ordnungsdienste erlebte diese Ereignisse mehrfach in der Woche. Auch bei physischen Angriffen (11,2 %) und dem, insgesamt eher selten vorkommenden, Diebstahl von Material und Ausrüstungsgegenständen (3,4 %) sowie dem bewussten Behindern von Maßnahmen (35,4 %) haben diese Berufsgruppen die höchsten Werte. Bei den verbalen Angriffen zeigt sich weiterhin bei Mitarbeitenden in der Notaufnahme, dass sie mit 37,7 % anteilig häufig davon betroffen waren und auch Gewalt gegen Gegenstände vergleichsweise oft (9,3 %) zurückmeldeten. Verbale Angriffe werden bei 25,5 % der befragten Polizeibeamt*innen angegeben. Damit weisen sie im Vergleich zu den anderen Berufsgruppen den niedrigsten Wert auf. Auch Rettungskräfte berichteten zu 28,7 % der Befragten von verbalen Anfeindungen. Sowohl bei Polizei als auch Rettungsdienst handelt es sich in der Mehrzahl der verbalen Angriffe um Einzelfälle. Von zwei und mehr verbalen Angriffen in der Woche berichteten ca. 10 % der Befragten. Bei dem Vergleich von helfenden und normdurchsetzenden Funktionsträger*innen gibt es nur geringe Unterschiede in allen Angriffsarten (vgl. Tabelle 4, im Anhang).

Bei der Betrachtung der wöchentlichen Häufigkeiten im Verlauf der Erhebung nach Berufsgruppen fällt auf, dass die prozentualen Angaben der einzelnen Antwortmöglichkeiten insbesondere bei den Verkehrsunternehmen, aber auch bei anderen Berufsgruppen eine große Spannweite aufweisen. Hintergrund der Abweichungen dürfte die geringe Anzahl von Teilnehmenden sein (durchschnittlich $n = 7$), weshalb eine inhaltliche Interpretation nicht möglich erscheint. Die Rückmeldungen zu den verbalen Angriffen in den Kategorien normdurchsetzende und helfende Berufsgruppen zeigen hinsichtlich der Häufigkeit von Übergriffen relativ geringe Schwankungen, was eine positive Bewertung der Güte der Angaben nahelegt (vgl. Abbildung 2). Zu bedenken ist bei dieser Vorgehensweise, dass je häufiger Individuen teilgenommen haben, sie desto häufiger in die Berechnung der Prävalenzen mit eingehen, wodurch es zu Verzerrungen kommen kann.

Eine weitere Möglichkeit, sich anhand der vorhandenen Daten den Häufigkeiten von Angriffen zu nähern, ist die Summe der Angriffe pro teilnehmender Person über den gesamten Zeitraum (vgl. Abbildung 3, im Anhang). Wie bereits dargestellt haben bedauerlicherweise nicht alle Personen über den gesamten Zeitraum jede Woche eine Rückmeldung zu Angriffen gegeben. Stattdessen variierte die Teilnahme, wobei sich bei der durchschnittlichen Anzahl an teilgenommenen Wochen kaum Unterschiede zwischen den Berufsgruppen ergaben. Nur aufgrund der bereits dargestellten späteren Verbreitung der Studie bei der Polizei zeigt sich dort ein geringfügig geringer Mittelwert (7,8 Wochen gegen 8,6 bis 9,2 Wochen). Bei dieser Betrachtungs-

weise heben sich wieder insbesondere der Kommunale Ordnungsdienst, die Verkehrsunternehmen und die Notaufnahme hervor. Über den durchschnittlichen Erhebungszeitraum von etwa neun Wochen wurden durch den Kommunalen Ordnungsdienst durchschnittlich 8,8 und den Verkehrsunternehmen 8 verbale Angriffe rückgemeldet. In der Notaufnahme wurden im Schnitt 4,7 verbale Angriffe wie bspw. Bedrohungen oder Beleidigungen in diesem Zeitraum gemeldet. Die Anzahl der verbalen Angriffe gegen die Polizei und den Rettungsdienst ist mit den Durchschnittswerten von unter 3 Angriffen im Zeitraum von etwa acht Wochen vergleichsweise gering. Physische Angriffe wurden insgesamt durchschnittlich seltener als einmal (0,8) in den acht Wochen gemeldet. Wieder zeigt sich bei dem Kommunalen Ordnungsdienst mit 1,2 Angriffen in dem durchschnittlichen Zeitraum von 8,8 Wochen die höchste Zahl an Angriffen (vgl. Abbildung 3, im Anhang).

Abbildung 2. Darstellung der Verbalen Angriffe über den Verlauf aller Wochen von Teilnehmenden aus helfenden und normdurchsetzenden Berufsgruppen



Eine Vorgehensweise, um sich den Häufigkeiten von Angriffen mit dem dargestellten Datensatz zu nähern, ist die Wahl eines längeren Prävalenzzeitraums. Hier fiel die Auswahl auf vier Wochen, da dies der längste Zeitraum war, in dem auch die Gruppengrößen der Teilnehmenden anderer Berufsgruppen außer der Polizei einen Wert von mindestens 30 annahmen.

Vergleicht man diese Angriffshäufigkeiten mit einem Prävalenzzeitraum von vier Wochen mit denen mit einem Prävalenzzeitraum von einer Woche zeigen sich erwartungsgemäß höhere Werte in allen Bereichen (vgl. Tabelle 5, im Anhang). Die vergleichsweise geringe Zunahme bei den verbalen Angriffen gegen Mitarbeitende der Notaufnahme und der Verkehrsgesellschaften beim längeren Prävalenzzeitraum dürfte eher mit den geringen Stichprobengrößen zusammenhängen als ein Hinweis auf Verzerrungen aufgrund einer gesteigerten Teilnahme im Falle von Vorfällen sein. Insgesamt bleiben die Größenordnung und auch die oben dargelegten Auffälligkeiten für die vier Wochen Prävalenz bestehen. Dennoch wird die Regelmäßigkeit mit der sowohl helfende als auch normdurchsetzende Berufsgruppen Angriffen ausgesetzt sind noch mal eindrücklich deutlich (vgl. Tabelle 5, im Anhang).

Im Zeitraum von vier Wochen erleben 55,2 % sowohl der helfenden als auch der normdurchsetzenden Berufsgruppen eine der aufgezählten Behinderungen ihrer Arbeit. Während es bei Polizei etwas über die Hälfte der Personen sind, handelt es sich beim Rettungsdienst um 47,6 %. Von Mitarbeitenden von Verkehrsunternehmen und der Notaufnahme meldeten knapp 70 % solche Ereignisse und bei den Kommunalen Ordnungsdiensten waren es 76,7 % (vgl. Tabelle 5, im Anhang).

4.3 Risikofaktoren

Werden die Personen, die in einer Woche einen Angriff gemeldet haben mit denen, die keinen erlebt haben, hinsichtlich ihrer Angaben zu Geschlecht, Alter, Dienstdauer und Einsatzgebiet² verglichen und die Angaben mittels des Chi²-Test auf Signifikanzen geprüft, ergeben sich einige Auffälligkeiten (vgl. Tabelle 6, im Anhang). So ist insbesondere bei den normdurchsetzenden Funktionsträger*innen festzustellen, dass die genannten Faktoren Einfluss auf sowohl verbale als auch körperliche Angriffe haben, während sich bei den helfenden Funktionsträger*innen kaum signifikante Unterschiede zwischen den verschiedenen Ausprägungen der Variablen zeigen.

Personen mit normdurchsetzender Funktion wurden unabhängig vom Geschlecht Opfer von verbalen Angriffen. Des Weiteren wurden verbale Angriffe eher von jüngeren Personen ($\chi^2(3) = 21.60$, $p < .001$, $\phi = 0.067$) mit weniger Berufserfahrung ($\chi^2(3) = 59.21$, $p < .001$, $\phi = 0.111$) und in Städten über 100 000 Einwohnern ($\chi^2(3) = 49.30$, $p < .001$, $\phi = 0.103$) gemeldet. Dies zeigte sich auch bei den körperlichen Angriffen gegen normdurchsetzende Funktionsträger*innen (Alter: $\chi^2(3) = 43.12$, $p < .001$, $\phi = 0.095$; Berufserfahrung: $\chi^2(3) = 49.22$, $p < .001$, $\phi = 0.102$; Region: $\chi^2(3) = 8.05$, $p < .045$, $\phi = 0.042$), wobei zusätzlich Geschlecht einen signifikanten Einfluss dahingehend hat, dass Männer eher angegriffen wurden ($\chi^2(1) = 5.40$, $p = .020$, $\phi = -0.034$). Auch Gewalt gegen Sachgegenstände oder Fahrzeuge und das bewusste Behindern von Maßnahmen erleben jüngere Personen (Sachbeschädigung:

² Auf entsprechende Auswertungen für die Position der Betroffenen wurde verzichtet, da häufig eine Zuordnung nicht vorgenommen wurde und daher keine aussagekräftigen Aussagen möglich sind. Zudem mussten aufgrund der geringen Fallzahlen einzelne Antwortmöglichkeiten der Angaben Einsatzgebiet, Alter und Dienstdauer zusammengefasst werden.

$\chi^2(3) = 15.24$, $p = .002$, $\phi = 0.056$; Behindern: ($\chi^2(3) = 16.53$, $p < .001$, $\phi = 0.059$) mit einer geringeren Berufserfahrung (Sachbeschädigung: $\chi^2(3) = 43.87$, $p < .001$, $\phi = 0.096$; Behindern: ($\chi^2(3) = 52.14$, $p < .001$, $\phi = 0.105$) signifikant häufiger. Die längere Dienstzeit hat ebenfalls einen signifikanten Einfluss darauf, ob den Personen während der Dienstausbung Material oder Ausrüstung gestohlen wurden ($\chi^2(3) = 15.74$, $p < .001$, $\phi = 0.057$). Die Einsatzregion beeinflusst diese Art von Übergriffen dahingehend, dass Sachbeschädigung an Material, Ausrüstung oder Fahrzeug ($\chi^2(3) = 10.37$, $p = .016$, $\phi = 0.047$) sowie das Behindern von Maßnahmen ($\chi^2(3) = 71.48$, $p < .001$, $\phi = 0.124$) eher in Metropolstädten vorkam, während der Diebstahl von Material oder Ausrüstung eher in mittelgroßen Städten mit über 20 000 und unter 100 000 Einwohner*innen erfolgte ($\chi^2(3) = 9.76$, $p = .021$, $\phi = 0.046$). Die Personen, die beim Ausüben ihrer Tätigkeit behindert wurden waren zumeist männlich ($\chi^2(1) = 23.31$, $p < .001$, $\phi = -0.070$).

Bei der Berufsgruppe der helfenden Funktionsträger*innen zeigten sich kaum signifikante Unterschiede zwischen Personen, die Angriffe erlebten und denen, die keine erleben mussten. Nur wurden von 31 bis 40-Jährigen häufiger gemeldet, verbale Angriffe erlebt zu haben ($\chi^2(3) = 10.70$, $p = .013$, $\phi = 0.108$) und diese wurden aus Landgemeinden und Kleinstädten seltener angegeben ($\chi^2(3) = 8.67$, $p = .034$, $\phi = 0.100$). Auch ein mutwilliges Behindern von Rettungs- und Hilfsmaßnahmen fand eher in Groß- und Metropolstädten statt ($\chi^2(3) = 9.01$, $p = .029$, $\phi = 0.102$).

Bei der Interpretation dieser Ergebnisse dürfte allerdings die Art der Tätigkeit bzw. Einsätze eine entscheidende Rolle als dahinterliegender Faktor spielen, wodurch bestimmte Altersgruppen und Dienstzeiten selektiert werden. Zudem muss bedacht werden, dass es sich bei der Datengrundlage um die wöchentlichen Rückmeldungen handelt, bei denen Personen mehrfach vorkommen können.

5. Diskussion

Der vorliegende Beitrag stellt eine quantitative Erfassung von Angriffsprävalenzen von verschiedenen normdurchsetzenden und helfenden Funktionsträger*innen vor. Die Erfassung erfolgte insgesamt über einen Zeitraum von 16 Wochen, in dem wöchentlich eine Rückmeldung erfolgen sollte, ob ein Angriff erlebt wurde, oder nicht. Aufgrund der Tatsache, dass nur in Ausnahmefällen tatsächlich über den kompletten Zeitraum teilgenommen wurde, wurden für vorliegende Untersuchung unterschiedliche Herangehensweisen gewählt und zwei Prävalenzzeiträume betrachtet (eine Woche und vier Wochen).

Die in der vorliegenden Studie verwendete Erhebungsform, in der eventuelle Vorkommnisse sehr zeitnah abgefragt werden, ist für diese Thematik innovativ und beachtenswert. Insbesondere können dadurch Verzerrungen durch Erinnerungslücken länger zurückliegender Ereignisse verhindert und so validere Ergebnisse erlangt werden. Auch der Vergleich der verschiedenen Berufsgruppen kann Aufschluss über die Hintergründe von Angriffen geben. Interessant scheint, dass trotz der unterschiedlichen Aufträge von helfenden und normdurchsetzenden Funktionsträger*innen, die Gruppe der Helfenden ansatzweise vergleichbare Häufigkeiten aufweist. Bei der Auswertung der wöchentlichen Prävalenzen ist sie nur unwesentlich seltener von verbalen Angriffen (2 Prozentpunkte), von Gewalt gegen Sachgegenstände oder Fahrzeuge (0,6 Prozentpunkte) oder Diebstahl von Material oder Ausrüstung (0,9 Prozent-

punkte) betroffen. Der größte Unterschied lag hier bei physischen Angriffen mit 3,5 Prozentpunkten. Die weite Definition der „Angriffe“, die neben physischer und verbaler Gewalt auch Gewalt gegen Gegenstände, Diebstahl und Behindern von Maßnahmen mit einschließt, wurde hier bewusst gewählt. Auch wenn die meisten davon keine Angriffe gegen die körperliche Unversehrtheit sind, können sie – besonders im Fall einer gewissen Regelmäßigkeit – belastend sein und sowohl das Arbeits- als auch das Privatleben beeinträchtigen.

Es fällt weiter auf, dass auch die Berufsgruppen, die bisher vergleichsweise weniger öffentliche und besonders wissenschaftliche Aufmerksamkeit in Bezug auf Opferwerdung im Arbeitsalltag erfahren, wie der Kommunale Ordnungsdienst, die Verkehrsunternehmen oder auch Notaufnahmen, teilweise besonders hohe Angriffsprävalenzen aufweisen. Dagegen zeigen sich insbesondere bei der Polizei, durch deren Interessenvertreter*innen aber auch Dienstherren die Problematik der Angriffe im Berufsalltag noch am regelmäßigsten aufgegriffen und diskutiert wird – und deren Mitarbeitende auch am zahlreichsten an der Studie teilgenommen haben – vergleichsweise moderate Prävalenzen von den verschiedenen hier dargestellten Angriffsarten. Sicher dürfte hier auch eine andere Einstellung und Erwartungshaltung sowie ein höherer Fokus auf Eigensicherung eine Rolle spielen. So ist die Polizei mehr als alle anderen hier dargestellten Berufsgruppen im Umgang mit Konflikten und Deeskalation geschult, während das in den anderen Berufsfeldern nur rudimentär bis gar nicht geschieht. Ein weiterer Grund für diese Feststellung könnte auch die Anerkennung und der Respekt, den Bürger*innen gegenüber den Berufsgruppen haben, sein: Während Polizei, aber auch Rettungsdienst, Notaufnahme, Technisches Hilfswerk und Feuerwehr klar definierte Rollen haben, deren Daseinsberechtigung großflächig anerkannt ist, könnten bei den Kommunalen Ordnungsdiensten und den Verkehrsunternehmen die Befugnisse bei Regelverstößen durch Bürger*innen eventuell unklar sein und daher die Akzeptanz fehlen.

Eine Vergleichbarkeit zu anderen Studien ist aufgrund der unterschiedlichen Prävalenzzeiträume schwierig. Die Regelmäßigkeit von verbaler Gewalt gegenüber Beschäftigten in Berufen mit helfender oder normdurchsetzender Funktion, die sich in vorherigen Studien zeigte, konnte hier bestätigt und außerdem differenzierter ermittelt werden. Dass sich physische Angriffe zwar seltener ereignen, aber dennoch keine Ausnahme sind, ist ebenfalls ein Erkenntnis, die sich mit früheren Studien überschneidet.

Der Aussagekraft der Studie liegen einige Einschränkungen zugrunde. Zunächst wurde sich für die Studie aus forschungspraktischen Gründen nur auf bestimmte Berufsgruppen beschränkt. Der Verzicht auf die Einbeziehungen anderer Berufsgruppen soll nicht andeuten, dass in diesen weniger Angriffe erfolgen. Hinsichtlich der Einschränkungen der Untersuchung muss auf die sehr unterschiedliche Stichprobengröße in den verschiedenen Berufsgruppen trotz aufwendiger Bemühungen hingewiesen werden. Dies ist zum einen auf schwierigere Erreichbarkeiten zurückzuführen. So hat die Mitwirkung einer übergeordneten Behörde, welche die Studie an alle Adressaten zuverlässig weiterleitet, den Rücklauf erhöht. Einige Berufsgruppen sind allerdings in kleine Einheiten aufgeteilt, wie bspw. die Kommunalen Ordnungsdienste oder Notaufnahmen, zu denen eine einzelne Kontaktaufnahme zeitlich kaum realisierbar war und daher auf die Weiterleitung durch Gewerkschaften oder Verbänden gehofft werden musste, die nicht alle Mitarbeitenden gleichermaßen erreichten. Ebenfalls hat Einfluss auf den Rücklauf, ob die Personen zeitliche Ressourcen hatten an einer Studie mitzuwirken und ob sie dies sogar in ihrer Dienstzeit ermöglicht bekamen. Nicht zuletzt könnte sich auch die intrinsische Motivation an einer Teilnahme zwischen den Berufsgruppen unterscheiden. Eine geringe Teilnahme war bei einigen Berufsgruppen, namentlich Sicherheitsunternehmen, Zoll,

Bundespolizei, Feuerwehr und dem Technischen Hilfswerk zu verzeichnen, so dass diese vorliegend nicht weiter im Einzelnen betrachtet werden konnten. Die anderen Berufsgruppen hatten eine ausreichende Beteiligung aufgewiesen, um sie in die Betrachtung mit einzubeziehen. Zwar haben die Verkehrsunternehmen (n = 13) und die Notaufnahme (n = 19) bei dem 4-Wochen-Prävalenzzeitraum zu geringe Teilnahmezahlen; bei dem Prävalenzzeitraum von 1 Woche sind sie jedoch mit n = 112 (Verkehrsunternehmen) und n = 204 (Notaufnahme) auch für diese Berufsgruppen aussagekräftig, weshalb nicht darauf verzichtet wurde. Im Ergebnis war der weit überwiegende Teil der Teilnehmenden Polizeibeamt*innen und diese stellten somit auch das Gros der normdurchsetzenden Gruppe dar. Der größte Teil der helfenden Berufsgruppe setzte sich aus Personal vom Rettungsdienst und Notfallmedizin sowie der Notaufnahme zusammen. Dies muss bei der Interpretation der Ergebnisse beachtet werden. Eine weitere Einschränkung der Aussagekraft der Studie liegt in dem Erhebungszeitraum begründet, der in einer Zeit mit Einschränkungen und Ausnahmeregelungen aufgrund der Corona-Pandemie lag, was eventuell Einfluss auf die Prävalenzen hatte.

Einen weiteren Aspekt, den man bei derartigen Erhebungen von besonderen Ereignissen im Berufsalltag beachten muss, ist ein möglicher Selektionseffekt. So besteht die Möglichkeit, dass nur diese Personen an den Befragungen teilnehmen, die regelmäßig (bspw. aufgrund besonderer Einsatzgebiete oder Ähnlichem) Angriffen ausgesetzt sind. Bei dieser konkreten Erhebung, bei denen jede Woche eine Rückmeldung gegeben werden sollte, was aber nicht zuverlässig geschah, besteht auch die Möglichkeit, dass nur wenn ein Ereignis erlebt wurde, die Studie wieder in Erinnerung kam oder das Ausfüllen als sinnvoll erachtet wurde. Dieser potenziellen Verzerrung sind die Berechnungen mit dem Prävalenzzeitraum von einer Woche und auch die, die sich auf den gesamten Berichtszeitraum beziehen ausgesetzt, weshalb ein zusammenhängender Vier-Wochen-Zeitraum gewählt wurde. Eine vier-wöchige Teilnahme kann als Indiz gewertet werden, dass sich die Personen längerfristig an der Befragung beteiligen und nicht nur im Fall eines erlebten Ereignisses. Dadurch würden Verzerrungen reduziert werden. Bei Betrachtung der Prävalenzen im Zeitraum von einer Woche ist außerdem die Tatsache zu bedenken, dass es sich teilweise um wiederkehrende Rückmeldungen der gleichen Personen handelt, was zu Verzerrungen führen kann und insbesondere bei den Berufsgruppen mit kleinen Stichproben ins Gewicht fällt.

6. Fazit

Sowohl Personen mit helfendem als auch mit normdurchsetzendem Auftrag in der Gesellschaft werden regelmäßig angegriffen. Durch das gewählte methodische Vorgehen und die damit einhergehenden Informationen zu Prävalenzzeiträumen von einer Woche und vier Wochen können valide Ergebnisse zu Gewalt gegen Funktionsträger*innen erlangt werden. Somit kann noch eindrücklicher als durch die vergangenen Retrospektivbefragungen gezeigt werden, wie Angriffe in Form von Beleidigungen und Bedrohungen, physische Angriffen aber auch Sachbeschädigungen, Diebstahl und Behinderungen das Ausüben der Tätigkeit prägen und den Arbeitsalltag mitbestimmen. In einem Zeitraum von vier Wochen werden knapp die Hälfte der Mitarbeitenden von beiden Berufsgruppen Opfer von verbaler Gewalt; in einem einwöchigen Prävalenzzeitraum trifft das auf über ein Viertel der helfenden und etwa 30% der normdurchsetzenden Funktionsträger*innen zu. Bisherige Retrospektivbefragungen mit einem Prävalenzzeitraum von einem Jahr zeigten hier Prävalenzen von 60 bis 98 % für Rettungskräfte

und 70 % bis 80 % für Polizeibeamt*innen (Bannenberget al., 2020; Dressler, 2017; Ellrich et al., 2012; Feltes & Weigert; 2018; Jager et al., 2013; Schmidt, 2012). Von körperlicher Gewalt berichteten vorliegend in einem einwöchigen Prävalenzzeitraum 6,2 % der helfenden bzw. 9,7 % der normdurchsetzenden Befragten. Dargestellte Studien mit 12-Monatsprävalenzen ermittelten 13 % und 60 % für Rettungskräfte und 30 % bis 50 % für Polizeibeamt*innen (Bannenberget al., 2020; Dressler, 2017; Feltes & Weigert; 2018; Ellrich et al., 2012; Jager et al., 2013; Schmidt, 2012). Auch wenn der Vergleich zwischen dieser und den vergangenen Studien aufgrund unterschiedlicher Prävalenzzeiträume nur bedingt möglich ist, machen die nur etwas geringeren Werte die Regelmäßigkeit von Gewalt im Arbeitsalltag von normdurchsetzenden und helfenden Berufsgruppen deutlich und weisen auf eine hohe Gewaltbelastung hin.

Table 2. Stichprobenbeschreibung der Individuen, die mindestens eine Woche an der Befragung teilgenommen haben (Geschlecht, Altersstruktur, Dienstzeit, Einsatzgebiet und Position) nach Berufsgruppen und helfenden und normdurchsetzenden Funktionsträger*innen

	Normdurchsetzend				Helfend			Insgesamt
	Polizei	Kommunaler Ordnungsdienst	Verkehrsunternehmen	Normdurchsetzend gesamt	Rettungsdienst/ Notfallmedizin	Notaufnahme	Helfend gesamt	
Geschlecht								
Männlich	73,4%	84,0%	50,0%	73,6%	72,4%	46,2%	66,7%	72,7%
Weiblich	26,6%	16,0%	50,0%	26,4%	27,6%	53,8%	33,3%	27,3%
Alter								
18 - 25 Jahre	25,7%	8,0%	11,1%	23,7%	43,1%	3,8%	31,3%	24,8%
26 - 30 Jahre	28,1%	20,0%	0,0%	26,5%	13,8%	23,1%	17,2%	25,2%
31 - 40 Jahre	24,0%	38,0%	11,1%	24,7%	20,7%	30,8%	24,2%	24,6%
41 - 50 Jahre	15,6%	28,0%	44,4%	17,5%	15,5%	30,8%	19,2%	17,7%
51 - 60 Jahre	6,3%	6,0%	27,8%	6,9%	6,9%	7,7%	7,1%	6,9%
61 - 70 Jahre	0,4%	0,0%	5,6%	0,7%	0,0%	3,8%	1,0%	0,7%
Dienstzeit								
< 2 Jahre	14,2%	8,2%	5,9%	13,4%	17,2%	4,0%	12,2%	13,2%
2 - 5 Jahre	30,5%	44,9%	23,5%	31,5%	34,5%	8,0%	26,5%	30,8%
6 - 10 Jahre	20,3%	20,4%	5,9%	20,0%	17,2%	20,0%	18,4%	19,8%
11 - 15 Jahre	8,8%	14,3%	11,8%	9,3%	8,6%	16,0%	11,2%	9,5%
16 - 20 Jahre	6,5%	8,2%	0,0%	6,5%	8,6%	20,0%	11,2%	7,1%
21 - 25 Jahre	6,7%	0,0%	5,9%	6,1%	8,6%	16,0%	11,2%	6,8%
> 25 Jahre	13,0%	4,1%	47,1%	13,2%	5,2%	16,0%	9,2%	12,7%
Einsatzgebiet								
Landgemeinde (< 5 000 Einw.)	1,0%	2,0%	0,0%	1,0%	5,6%	0,0%	4,3%	1,5%
Kleinstadt (bis 20 000 Einw.)	7,2%	0,0%	0,0%	6,5%	29,6%	28,0%	29,0%	9,5%
Mittelstadt (bis 100 000 Einw.)	43,2%	20,4%	28,6%	41,1%	22,2%	28,0%	24,7%	38,9%
Großstadt (bis 500 000 Einw.)	36,4%	51,0%	35,7%	37,5%	24,1%	20,0%	22,6%	35,5%
Metropolstadt (> 500 000 Einw.)	12,2%	26,5%	35,7%	13,9%	18,5%	24,0%	19,4%	14,7%
Position								
Leitende Position	45,1%	40,8%	29,4%	44,2%	63,8%	48,0%	61,2%	46,6%
Nicht leitende Position	30,9%	26,5%	23,5%	30,3%	34,5%	24,0%	28,6%	30,1%
Nichts davon	24,0%	32,7%	47,1%	25,5%	1,7%	28,0%	10,2%	23,4%

Tabelle 3. Anzahl der Rückmeldungen in den einzelnen Wochen nach Berufsgruppe

	Normdurchsetzend				Helfend			Insgesamt
	Polizei	Kommunaler Ordnungsdienst	Verkehrsunternehmen	Normdurchsetzend gesamt	Rettungsdienst/ Notfallmedizin	Notaufnahme	Helfend gesamt	
Woche 1	60	29	5	94	43	16	67	162
	37,0%	17,9%	3,1%	58,0%	26,5%	9,9%	41,4%	100,0%
Woche 2	72	34	10	117	40	19	68	186
	38,7%	18,3%	5,4%	62,9%	21,5%	10,2%	36,6%	100,0%
Woche 3	76	27	8	111	30	17	57	169
	45,0%	16,0%	4,7%	65,7%	17,8%	10,1%	33,7%	100,0%
Woche 4	321	31	10	362	34	13	59	421
	76,2%	7,4%	2,4%	86,0%	8,1%	3,1%	14,0%	100,0%
Woche 5	381	31	9	421	40	17	71	494
	77,1%	6,3%	1,8%	85,2%	8,1%	3,4%	14,4%	100,0%
Woche 6	361	31	11	403	41	20	74	477
	76%	6%	2%	84%	9%	4%	16%	100,0%
Woche 7	363	25	9	397	35	17	67	464
	78,2%	5,4%	1,9%	85,6%	7,5%	3,7%	14,4%	100,0%
Woche 8	342	30	11	383	35	18	68	453
	75,5%	6,6%	2,4%	84,5%	7,7%	4,0%	15,0%	100,0%
Woche 9	319	26	9	354	33	20	68	424
	75,2%	6,1%	2,1%	83,5%	7,8%	4,7%	16,0%	100,0%
Woche 10	321	27	12	360	32	20	66	428
	75,0%	6,3%	2,8%	84,1%	7,5%	4,7%	15,4%	100,0%
Woche 11	293	24	13	330	26	12	51	385
	76,1%	6,2%	3,4%	85,7%	6,8%	3,1%	13,2%	100,0%
Woche 12	280	24	10	314	28	12	51	369
	75,9%	6,5%	2,7%	85,1%	7,6%	3,3%	13,8%	100,0%
Woche 13	282	26	12	320	28	13	54	377
	74,8%	6,9%	3,2%	84,9%	7,4%	3,4%	14,3%	100,0%
Woche 14	264	27	10	301	25	10	44	347
	76,1%	7,8%	2,9%	86,7%	7,2%	2,9%	12,7%	100,0%
Woche 15	245	23	9	277	25	11	47	324
	75,6%	7,1%	2,8%	85,5%	7,7%	3,4%	14,5%	100,0%
Woche 16	225	25	7	257	27	10	48	305
	73,8%	8,2%	2,3%	84,3%	8,9%	3,3%	15,7%	100,0%
Gesamt	4191	463	156	4812	541	252	974	5786
	72,4%	8,0%	2,7%	83,2%	9,4%	4,4%	16,8%	100,0%

Tabelle 4. Verschiedene Arten von Angriffen nach Berufsgruppen im Prävalenzzeitraum von einer Woche

		Normdurchsetzend (n = 4032)				Helfend (n = 787)			
		Polizei (n = 3534)	Kommunaler Ordnungsdienst (n = 384)	Verkehrs- unternehmen (n = 112)	Normdurchset- zend gesamt (n = 4032)	Rettungsdienst / Notfallmedizin (n = 429)	Notaufnahme (n = 204)	Helfend gesamt (n = 787)	Insge- samt
Verbaler Angriff	Einmal	559	87	34	680	83	42	131	811
		15,8%	22,7%	30,4%	16,9%	19,3%	20,6%	16,6%	16,8%
	Zweimal	201	52	23	276	30	23	57	333
		5,7%	13,5%	20,5%	6,8%	7,0%	11,3%	7,2%	6,9%
	Dreimal & häufiger	149	58	15	223	12	12	26	249
	4,2%	15,1%	13,4%	5,5%	2,8%	5,9%	3,3%	5,2%	
Physischer Angriff	Mindestens ein Angriff	909	197	72	1179	125	77	214	1393
		25,7%	51,3%	64,3%	29,2%	29,1%	37,7%	27,2%	28,9%
	Einmal	276	33	11	320	28	11	41	361
		7,8%	8,6%	9,8%	7,9%	6,5%	5,4%	5,2%	7,5%
	Zweimal	39	7	0	46	4	1	5	51
	1,1%	1,8%	0,0%	1,1%	0,9%	0,5%	0,6%	1,1%	
Gewalt gegen Sachgegenstände oder Fahrzeuge	Dreimal & häufiger	23	3	0	26	1	2	3	29
		0,7%	0,8%	0,0%	0,6%	0,2%	1,0%	0,4%	0,6%
	Mindestens ein Angriff	338	43	11	392	33	14	49	441
		9,6%	11,2%	9,8%	9,7%	7,7%	6,9%	6,2%	9,2%
	Einmal	125	21	14	160	21	18	41	201
	3,5%	5,5%	12,5%	4,0%	4,9%	8,8%	5,2%	4,2%	
Diebstahl von Material oder Ausrüstung	Zweimal	44	7	1	52	1	0	2	54
		1,2%	1,8%	0,9%	1,3%	0,2%	0,0%	0,3%	1,1%
	Dreimal & häufiger	32	4	1	37	0	1	1	38
		0,9%	1,0%	0,9%	0,9%	0,0%	0,5%	0,1%	0,8%
	Mindestens ein Angriff	201	32	16	249	22	19	44	293
	5,7%	8,3%	14,3%	6,2%	5,1%	9,3%	5,6%	6,1%	
Material oder Ausrüstung	Einmal	30	12	3	46	2	2	6	52
		0,8%	3,1%	2,7%	1,1%	0,5%	1,0%	0,8%	1,1%
	Zweimal	15	1	0	16	0	0	0	16
	0,4%	0,3%	0,0%	0,4%	0,0%	0,0%	0,0%	0,3%	
	12	0	0	12	0	0	1	13	

Bewusstes Behindern von Maßnahmen	Polizei (n = 535; Ø Teilnahme = 7,8 Wo)		Rettungsdienst / Notfallmedizin (n = 59; Ø Teilnahme = 8,6 Wo)		Kommunaler Ordnungsdienst (n = 48; Ø Teilnahme = 8,8 Wo)		Notaufnahme (n = 26; Ø Teilnahme = 9,1 Wo)		Verkehrsunternehmer (n = 17; Ø Teilnahme = 8,2 Wo)		helfend (n = 101; Ø Teilnahme = 9,2 Wo)		normdurchsetzend (n = 601; Ø Teilnahme = 7,9 Wo)		Insgesamt (n = 702; Ø Teilnahme = 8,1 Wo)	
	Prozent	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent	Anzahl
Dreimal & häufiger	0,3%		0,0%		0,0%		0,3%		0,0%		0,0%		0,0%		0,1%	0,3%
Mindestens ein Angriff		57		13		3		74		2		2		7		81
Einmal	1,6%		3,4%		2,7%		1,8%		0,5%		1,0%		0,9%		1,7%	
		351		74		31		457		69		38		116		573
Zweimal	9,9%		19,3%		27,7%		11,3%		16,1%		18,6%		14,7%		11,9%	
		109		30		12		151		19		8		29		180
Dreimal & häufiger	3,1%		7,8%		10,7%		3,7%		4,4%		3,9%		3,7%		3,7%	
Mindestens ein Angriff		111		32		2		145		6		10		18		163
	3,1%		8,3%		1,8%		3,6%		1,4%		4,9%		2,3%		3,4%	
		571		136		45		753		94		56		163		916
	16,2%		35,4%		40,2%		18,7%		21,9%		27,5%		20,7%		19,0%	

Abbildung 3. Summe der verschiedenen Arten von Angriffen über den gesamten Teilnahmezeitraum nach Berufsgruppe

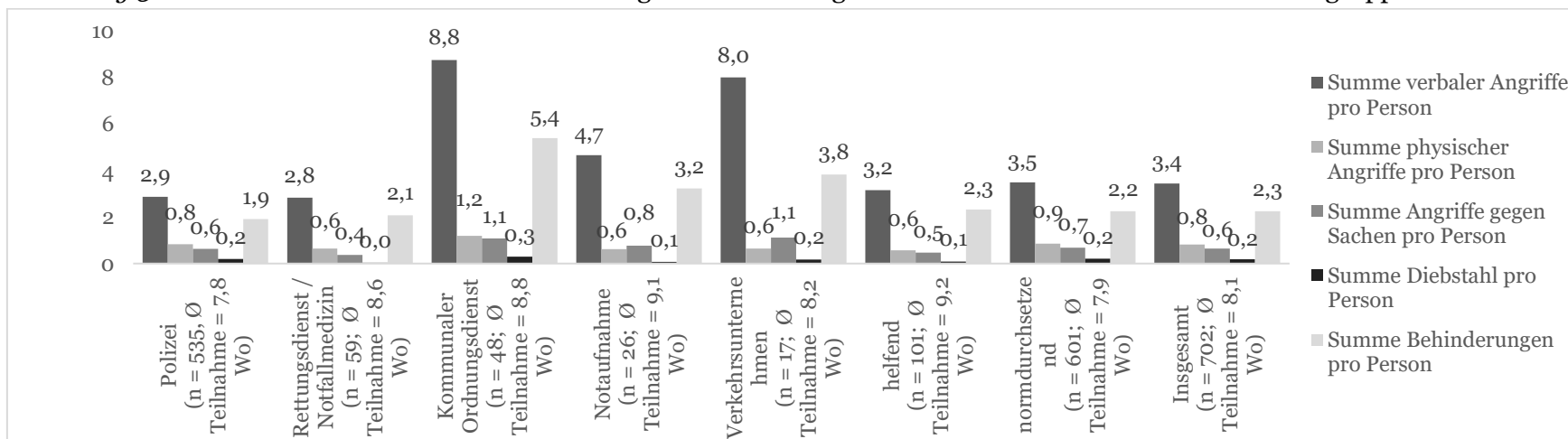


Tabelle 5. Verschiedene Arten von Angriffen pro Individuum nach Berufsgruppen im Prävalenzzeitraum von vier Wochen

	Normdurchsetzend				Helfend			Insgesamt (n = 467)
	Polizei (n = 357)	Kommunaler Ordnungs- dienst (n = 30)	Verkehrs- unternehmen (n = 13)	Normdurch- setzend gesamt (n = 400)	Rettungs- dienst / Not- fallmedizin (n = 33)	Notaufnahme (n = 19)	Helfend gesamt (n = 67)	
Verbaler Angriff	162	19	9	190	15	12	31	221
	45,4%	63,3%	69,2%	47,5%	45,5%	63,2%	46,3%	47,3%
Physischer Angriff	68	7	3	78	5	3	8	86
	19,0%	23,3%	23,1%	19,5%	15,2%	15,8%	11,9%	18,4%
Gewalt gg. Sachgegen- stände oder Fahrzeuge	37	7	1	45	2	6	8	53
	10,4%	23,3%	7,7%	11,3%	6,1%	31,6%	11,9%	11,3%
Diebstahl von Material oder Aus- rüstung	9	1	1	11	2	1	3	14
	2,5%	3,3%	7,7%	2,8%	6,1%	5,3%	4,5%	3,0%
Bewusstes Behindern von Maß- nahmen	117	17	6	140	15	7	27	167
	32,8%	56,7%	46,2%	35,0%	45,5%	36,8%	40,3%	35,8%

Tabelle 6. Unterschiede zwischen Personengruppen in helfender oder normdurchsetzender Funktion mit und ohne erlebten Angriff, basierend auf der wöchentlichen Rückmeldung

	Normdurchsetzend								Helfend							
	Kein verbaler Angriff	Verbalen Angriff	Chi ²	φ	Kein physischer Angriff	Physischer Angriff	Chi ²	φ	Kein verbaler Angriff	Verbalen Angriff	Chi ²	φ	Kein physischer Angriff	Physischer Angriff	Chi ²	φ
Geschlecht																
Männlich	2677	882	.174		3250	309	.020	-	501	150	.072		622	29	.293	
	74,0%	75,4%			73,9%	79,2%		.034	69,4%	75,0%			70,8%	65,9%		
Weiblich	943	288			1150	81			221	50			256	15		
	26,0%	24,6%			26,1%	20,8%			30,6%	25,0%			29,2%	34,1%		
Alter																
18 - 25 Jahre	771	274	<.001	.067	956	89	<.001	.095	218	49	.013	.108	255	12	.132	
	21,3%	23,4%			21,7%	22,8%			30,2%	24,5%			29,0%	27,3%		
26 - 30 Jahre	813	322			999	136			112	29			133	8		
	22,5%	27,5%			22,7%	34,9%			15,5%	14,5%			15,1%	18,2%		
31 - 40 Jahre	961	290			1151	100			174	71			228	17		
	26,5%	24,8%			26,2%	25,6%			24,1%	35,5%			26,0%	38,6%		
Über 40 Jahre	1075	284			1294	65			218	51			262	7		
	29,7%	24,3%			29,4%	16,7%			30,2%	25,5%			29,8%	15,9%		
Dienstzeit																
< 5 Jahre	1483	573	<.001	.111	1864	192	<.001	.102	243	52	.342		282	13	.644	
	41,1%	49,4%			42,5%	50,0%			33,8%	27,4%			32,5%	30,2%		
6 - 10 Jahre	624	250			770	104			133	41			165	9		
	17,3%	21,6%			17,5%	27,1%			18,5%	21,6%			19,0%	20,9%		
11 - 15 Jahre	368	85			428	25			89	28			109	8		
	10,2%	7,3%			9,8%	6,5%			12,4%	14,7%			12,6%	18,6%		
> 15 Jahre	1137	252			1326	63			255	34			311	13		
	31,5%	21,7%			30,2%	16,4%			35,4%	36,3%			35,9%	30,2%		
Einsatzgebiet																
	271	62	<.001	.103	316	17	.045	.042	280	54	.034	.100	319	15	.729	

Landgemeinde / Kleinstadt (bis 20.000 Einw.)	7,8%	5,4%	7,4%	4,4%	41,1%	29,5%	38,8%	34,9%
Mittelstadt (bis 100.000 Einw.)	1622	436	1899	159	171	53	214	10
Großstadt (bis 500.000 Einw.)	46,6%	38,1%	44,7%	41,5%	25,1%	29,0%	26,0%	23,3%
Metropolstadt (> 500.000 Einw.)	1231	465	1539	157	155	54	198	11
	35,3%	40,6%	36,3%	41,0%	22,7%	29,5%	24,1%	25,6%
	360	181	491	50	76	22	91	7
	10,3%	15,8%	11,6%	13,1%	11,1%	12,0%	11,1%	16,3%

Literaturverzeichnis

- Bannenberg, B., Herden, F., Kemperdiek, F. & Pfeiffer, T. (2020). *Gewalt gegen Beschäftigte im Öffentlichen Dienst des Landes Hessen*. Eine Studie im Auftrag des dbb beamtenbund und tarifunion, Landesbund Hessen (DBB Hessen). https://docplayer.org/183261316-Gewalt-gegen-beschaeftigte-im-oeffentlichen-dienst-des-landes-hessen.html#show_full_text (2023, 1. Februar)
- Bundesministerium des Inneren und für Heimat (BMI) (2022). *Polizeiliche Kriminalstatistik 2021. Ausgewählte Zahlen im Überblick*. https://www.bka.de/SharedDocs/Downloads/DE/Publikationen/PolizeilicheKriminalstatistik/2021/FachlicheBroschueren/IMK-Bericht.pdf?__blob=publicationFile&v=3 (2023, 19. Januar)
- Bühren, K., Kuche, C., Piesker, A., Steffens, B., Steffens, C., Tritsch, S., Uhlig, F. & Ziekow, J. (2022). *Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst. Ergebnisse der Behörden- und Beschäftigtenbefragung*. Speyerer Forschungsbericht 303. Deutsches Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung. <https://dopus.uni-speyer.de/frontdoor/deliver/index/docId/5769/file/FB303.pdf> (2023, 19. Januar)
- Deutscher Richterbund (DRB) (2017). *Stellungnahme des Deutschen Richterbundes zum Referentenentwurf eines Gesetzes zur Änderung des Strafgesetzbuches – Stärkung des Schutzes von Vollstreckungsbeamten und Rettungskräften*. Deutscher Richterbund. https://www.drbr.de/fileadmin/DRB/pdf/Stellungnahmen/2017/DRB_170118_Stn_Nr_6_Staerkung_des_Schutzes_von_Vollstreckungsbeamten_und_Rettungskraeften.pdf (2022, 13. Dezember)
- Dressler, J. L. (2017). *Gewalt gegen Rettungskräfte. Eine kriminologische Großstadtanalyse*. Lit-Verlag.
- Ellrich, K. & Baier, D. (2014). *Gewalt gegen niedersächsische Beamtinnen und Beamte aus dem Einsatz- und Streifendienst. Zum Einfluss von personen-, arbeits- und situationsbezogenen Merkmalen auf das Gewaltopferisiko*. Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen e.V. https://kfn.de/wp-content/uploads/Forschungsberichte/FB_123.pdf (2023, 19. Januar)
- Ellrich, K., Baier, D. & Pfeiffer, C. (2012). *Polizeibeamte als Opfer von Gewalt: Ergebnisse einer Befragung von Polizeibeamten in zehn Bundesländern*. Nomos
- Elsner, E. & Laumer, M. (2015). *Gewalt gegen Polizeibeamte in Bayern. Langzeitanalyse der Polizeilichen Kriminalstatistik und Auswertung von Strafverfahrensakten*. Projektbericht der Kriminologischen Forschungsgruppe der Bayerischen Polizei (KFG). Bayerisches Landeskriminalamt.
- Feltes, T. & Weigert, M. (2018). *Gewalt gegen Einsatzkräfte der Feuerwehren und Rettungsdienste in Nordrhein-Westfalen*. Abschlussbericht. Ruhr Universität Bochum. https://repos.rms2cdn.de/files/fw/Abschlussbericht_Gewalt%20gegen%20Einsatzkraefte.pdf (2023, 1. Februar)
- Frick, J., Slagman, A., Lomberg, L., Searle, J., Möckel, M. & Lindner, T. (2016). Sicherheitsinfrastruktur in deutschen Notaufnahmen. Ergebnisse einer DGINA-Mitgliederbefragung. *Notfall + Rettungsmedizin*, 19(8), 666-670. <https://doi.org/10.1007/s10049-016-0179-0>
- Frick, J., Slagman, A., Möckel, M., Searle, J., Stemmler, F., Joachim, R. & Lindner, T. (2018). Erleben von aggressivem Verhalten in der Notaufnahme nach Etablierung eines Deeskalationstrainings: Zweite Mitarbeiterbefragung in den Akutbereichen der Charité – Universitätsmedizin Berlin. *Notfall + Rettungsmedizin*, 21(5), 349-356. <https://doi.org/10.1007/s10049-017-0394-3>
- Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) (2020). *Mit Sicherheit: Ergebnisse einer bundesweiten Wiederholungsbefragung beim Zugpersonal*. https://www.gdl.de/uploads/Aktuell-2020/GDL-Bericht_2020_MitSicherheit.pdf (2023, 19. Januar)
- Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) (2016). *Mit Sicherheit: GDL-Umfrage 2016*. GDL-Arbeitskreise Belastende Ereignisse Bewältigen, Sicherheit im und am Zug.
- Güzel-Freudenstein, G. & Christiansen, M. (2019). *Ergebnisbericht GINA: Gewalt in der Notaufnahme*. Hochschule Fulda – University of Applied Sciences. <https://fuldok.hs->

- fulda.de/opus4/frontdoor/deliver/index/docId/962/file/Ergebnisbericht+GINA.pdf (2023, 1. Februar)
- Hessisches Informations- und Kompetenzzentrum gegen Extremismus im Hessischen Ministerium des Inneren und für Sport. (HKE) (2020). *Polizeiliche Alltagserfahrungen – Herausforderungen und Erfordernisse einer lernenden Organisation*. Hessisches Ministerium des Innern und für Sport.
https://hke.hessen.de/sites/hke.hessen.de/files/Bericht%20Polizeistudie%20Hessen_final_1.pdf (2023, 19. Januar)
- Jäger, J., Klatt, T. & Bliesener, T. (2013). *NRW-Studie Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte: Die subjektive Sichtweise zur Betreuung und Fürsorge, Aus- und Fortbildung, Einsatznachbereitung, Belastung und Ausstattung*. https://polizei.nrw/sites/default/files/2016-11/131202_NRW_Studie_Gewalt_gegen_PVB_Abschlussbericht.pdf (2023, 19. Januar)
- Landmann, M. & Schmidt, M. (2010). Tagebuch. In H. Holling & B. Schmitz (Hrsg.), *Handbuch der Statistik, Methoden und Evaluation* (165-172). Hogrefe.
- Leuchter, F., Hergarten, T., Heister U., Struck, D., Schaefer, S., Voigt, C., Schröder S. & Hering, R. (2020). Gewalt gegen Rettungsdienstmitarbeiter – eine einsatzbegleitende Analyse in ländlichen und städtischen Rettungsdienstbezirken. *Deutsches Ärzteblatt* 117(26), 460-461.
- Lindner, T., Joachim, R., Bieberstein, S., Schiffer, H., Möckel, M. & Searle, J. (2015). Aggressives und herausforderndes Verhalten gegenüber dem Klinikpersonal: Ergebnisse einer Mitarbeiterbefragung in den Notfallbereichen der Charité – Universitätsmedizin Berlin. *Notfall + Rettungsmedizin*, 18, 195-200. <https://doi.org/10.1007/s10049-015-1982-8>
- Liebl, K. (2016). Gewalt gegen Polizisten: Dramatischer Anstieg oder Veränderung aufgrund gesellschaftlicher Entwicklungen? *Soziale Probleme*, 27(1), 75-94.
<https://doi.org/10.1007/s41059-016-0017-0>
- Mikkeleitis, R. (2016). *Ergebnisdarstellung einer anonymen Umfrage unter den Mitarbeitern/innen der Berliner Ordnungsämter vom März/April 2016 zu Gewalterfahrungen im Außendienst inkl. Schlussfolgerungen und Handlungsempfehlungen*.
https://www.berlin.de/lb/lkbgg/_assets/studie-ordnungsaeemter.pdf (2023, 14. März)
- Prasse, S. & Pfeiffer, H. (2014). Gewalt gegen Polizeibeamte in Niedersachsen. Analyse der Strafverfahren nach Übergriffen auf Polizeibeamte mit schweren Folgen der Jahre 2005 – 2009. In K. Ellrich & D. Baier (Hrsg.), *Polizeibeamte als Opfer von Gewalt Ergebnisse einer Mixed-Method-Studie* (91-126). Verlag für Polizeiwissenschaft.
- Rau, M. & Leuschner, F. (2016). Gewalterfahrungen von Rettungskräften im Einsatz – Eine Bestandsaufnahme der empirischen Erkenntnisse in Deutschland. *Neue Kriminalpolitik*, 3/2018, 316-335.
- Scheunpflug, S. & Klewer, J. (2013). Gewaltsituationen im Rettungsdienst. *HeilberufeScience*, 4(2), 89-92. <https://doi.org/10.1007/s16024-012-0111-6>
- Schmidt, J. (2012). *Gewalt gegen Rettungskräfte. Bestandsaufnahme zur Gewalt gegen Rettungskräfte in Nordrhein-Westfalen*. Ruhr-Universität Bochum. https://www.unfallkasse-nrw.de/fileadmin/server/download/PDF_2012/Gewalt_gegen_Rettungskraefte.pdf (2023, 1. Februar)
- Schuffenhauer, H. & Güzel-Freudenstein, G. (2019). Gewalt gegen Pflegende in Notaufnahmen. *Arbeitsmedizin Sozialmedizin Umweltmedizin*, 54(6), 386–393. <https://www.asu-arbeitsmedizin.com/wissenschaft/gewalt-gegen-pflegende-notaufnahmen> (2023, 19. Januar)
- Sefrin, P., Händlmeyer, A., Stadler, T., & Kast, W. (2021). Erfahrungen zur Gewalt gegen Rettungskräfte – aus Sicht des DRK. *Notarzt*, 37(3), 1-19. <https://doi.org/10.1055/a-1310-6763>
- Verboket, R., Söhling, N., Schnitz, L., Lustenberger, T., Nau, C. & Marzi, I. (2019). Gewalt in der Notaufnahme eines Maximalversorgers. *Der Chirurg*, 90(7), 570-575.
<https://doi.org/10.1007/s00104-018-0778-z>

Kontakt | Contact

Fredericke Leuschner | Kriminologische Zentralstelle | f.leuschner@krimz.de

Anne T. Herr | Polizeipräsidium Münster | Geschäftsstelle #sicherimDienst |
anne.herr@sicherimdienst.nrw

Kristina Balaneskovic | Hessische Hochschule für öffentliches Management und Sicherheit |
Kristina.Balaneskovic@hfpv-hessen.de

Clemens Lorei | Hessische Hochschule für öffentliches Management und Sicherheit |
Clemens.lorei@hfpv-hessen.de